ÜBER
GRENZEN
DENKEN
Symposium des NÖ Fachverbandes Kommunale Bibliotheken

ÜBER GRENZEN DENKEN

[Auftaktveranstaltung]

Landgasthaus „Zum Seher“ Eggenburg – 05.11.2016 –

Auftaktveranstaltung „Über Grenzen Denken“ im Landgasthaus „Zum Seher“ in Eggenburg © Hannes Gsell

Landesrat Karl Wilfing im Gespräch mit Gustav Dressler © Martin Kalchhauser

Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, so hat es immer ein „Über-Grenzen-Denken“ benötigt, um Veränderungen, mitunter auch Fortschritte, zu erwirken. Erst durch die Freigeister und Querdenkerinnen wurde vieles in Frage gestellt, neu formuliert oder durchgesetzt. (...)“ so begann Ursula Liebmann ihre einleitenden Worte bei der Auftaktveranstaltung. Sie sprach weiter: „(...) Wir haben dieses Symposium konzipiert, um mit Ihnen gemeinsam „Grenz-Erfahrungen“ wahrzunehmen und dafür zur Unterstützung Menschen eingeladen, die durch ihr Tun und Wirken bereits die eine oder andere Grenze überdenken bzw. vorausdenken. Indem wir ihre Perspektiven hören, können wir unsere dadurch erweitern.“

Die erste „Über-Grenzen-Denken“-Veranstaltung hat sich in den Formaten völlig unterschieden zur darauffolgenden zweiten Projektreihe. Nach der Einleitung, aus der das oben angeführte Zitat stammt, wurde LR Karl Wilfing vom Moderator nicht nur zu sehr persönlichen Grenzerfahrungen befragt, sondern auch zu Denkweisen und Handlungen, die von seinem Über Grenzen Denken zeugen. Ein sehr berührendes wie menschliches Interview war die Folge.

IMPULSREFERAT

zum Symposium „ÜBER GRENZEN DENKEN“ am 5. November 2016 in Eggenburg

JOSEF HASLINGER

„Mein Traum von Europa“

Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“

Was hier so hymnisch klingt, als wäre es eine politische Paraphrasierung von Schillers Ode an die Freude, war in der Tat ein Jubelchor. Er erscholl vor 26 Jahren. Dieses mittlerweile fast in Vergessenheit geratene Dokument, die Charta von Paris, wurde von den Staats- und Regierungschefs von 35 Staaten unterzeichnet, darunter allen europäischen Staaten samt dem damals noch existierenden Jugoslawien, sowie zusätzlich von den Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Regierungschef Kanadas.

>>

>> Die Charta von Paris erklärt nicht nur den Kalten Krieg für beendet, sie beinhaltet darüber hinaus ein umfassendes Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und friedlicher Zusammenarbeit. In dieser Beschwörung eines neuen Zeitalters der Demokratie, des Friedens und der Einheit spiegelt sich der kurze historische Moment der Euphorie nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs. Es schien, als würden wir in ein neues Jahrhundert gehen, mit zehnjähriger Verfrühung, so eilig hatten wir es damals, so müde waren wir der alten Geschichten des 20. Jahrhunderts.
Ein halbes Jahr später begannen, nach der Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien, die Balkankriege. Es gelang uns, das neue Jahrhundert zu verspielen, noch bevor es begonnen hatte. Und dann folgte ein Krieg nach dem anderen. Wir waren dabei, einmal mehr, einmal weniger, einmal offener, einmal schamhafter, während an den Außengrenzen Europas langsam ein neuer eiserner Vorhang hochgezogen wurde, einer, der nun auch von jenen europäischen Staaten begrüßt wurde, die dem alten Eisernen Vorhang gerade erst entkommen waren. Sie begrüßten ihn, weil er nicht einsperren, sondern nur aussperren sollte.
Seither war die europäische Flüchtlingspolitik gekennzeichnet von nationalen Rangeleien, bei denen die Staaten einander die Flüchtlinge zuzuschieben versuchten. Um Ordnung in diesen Wahnsinn zu bekommen, wurde in Dublin ein Abkommen getroffen, das es ab 1997 erlaubte, sich für unzuständig zu erklären und Flüchtlinge wie Frachtgüter in jene Länder zurückzu-schicken, in denen sie erstmals europäischen Boden betraten. Und so endeten die meisten Flüchtlinge in völlig überforderten Ländern, in denen Asylsuchende, selbst wenn sie minderjährig waren, eingesperrt wurden. Von nun an war die europäische Flüchtlingspolitik eine Politik der Abschottung, der fehlenden Solidarität und, nach dem Dublin-Abkommen, auch der festzementierten ungerechten Verteilung des Aufwands, der mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbunden ist.
Waren die Menschen schließlich in Ländern angekommen, die sie auf Grund der geltenden Verträge nicht mehr los wurden, begannen die Rangeleien auf nationaler Ebene, zwischen den Ländern, Städten und Gemeinden. Wir haben diesem beschämenden politischen Wettbewerb, aus dem derjenige als Sieger hervorzugehen meinte, dem es gelang, sich am wenigsten an die internationalen Vereinbarungen und menschenrechtlichen Verpflichtungen zu halten, auch in Österreich ein Jahrzehnt lang zugesehen. Auf der einen Seite hielt man die vielbeschworenen europäischen Werte hoch, die Menschenrechtskonvention, die Genfer Flüchtlingskonvention, zu denen sich weiterhin alle europäischen Staaten bekannten, auf der anderen Seite versuchte man alles zu tun, um diejenigen, zu deren Schutz diese Konventionen unterzeichnet worden waren, gar nicht erst in ihren Wirkungsbereich kommen zu lassen. Europa, so hat die damalige Innenministerin Mikl-Leitner immer wieder betont, müsse zu einer Festung werden. Viele haben über diese Wortwahl den Kopf geschüttelt, aber im Grunde hat sie nur offen ausgesprochen, was ohnedies längst das Bemühen aller europäischen Staaten war.

Diese Politik der Abschottung und der Unterbindung jeglicher legaler Fluchtwege nach Europa führte zum Aufblühen des milliardenschweren Gewerbes der Fluchthelfer, deren Bekämpfung konsequenterweise bald zum Hauptziel der europäischen Flüchtlingspolitik wurde. Was in der weiteren Folge vor allem dazu führte, dass bei den Schleppern die Preise stiegen und das Geschäft mit der Flüchtlingsnot immer unverschämter wurde. Es waren die unermüdlichen Bemühungen der Innenminister, Europa für Flüchtlinge abzuriegeln, die das gewiss skrupellose Schleppergewerbe erst geschaffen und zum Blühen gebracht haben.

Auch ein Jahr nach dem Schiffsunglück von Lampedusa, bei dem mehr als 300 Flüchtlinge im Mittelmeer ertranken, hatte sich an der europäischen Flüchtlingspolitik nichts geändert. Nach wie vor gab es für Menschen auf der Flucht keine legalen Wege nach Europa. An den EU-Außengrenzen wurden Flüchtlinge immer noch behandelt, als wären sie Feinde, die es abzuwehren gilt. Bis es im Frühjahr des vergangenen Jahres gleich zu mehreren Schiffsunglücken kam und ein neuer Aufschrei durch die Medien ging. In den Zeitungen und auf Plakaten waren Collagen zu sehen, auf denen Menschen mit ausgestreckten Händen im Meer versanken. Das rief erneut die europäischen Innenminister auf den Plan. Sie berieten über neue Maßnahmen und kamen auf die obskure Idee, bewaffnete Fregatten an die afrikanische Küste zu schicken, um alle Boote zu zerstören, die als Flüchtlingsboote benutzt werden können. Ein Plan, der sich aus vielerlei Gründen letztlich nicht verwirklichen ließ.

Im Frühjahr 2105, als der syrische Bürgerkrieg schon ins fünfte Jahr gekommen war und sich längst zu einem Stellvertreterkrieg ausländischer Mächte entwickelt hatte, waren in den Flüchtlingslagern Jordaniens, des Libanon und der Türkei etwa vier Millionen Menschen gestrandet. Der Ruf des UNO-Flüchtlingskommissars, dass man in diesen Lagern das Ernährungsprogramm herunterfahren und Zehntausende aus der Versorgung entlassen müsse, wenn die Staaten sich nicht stärker daran beteiligten, verhallte ungehört. Bis die Zustände so unerträglich wurden, dass die Flüchtlinge sich auf den Weg machten und die Grenzen nach Europa einfach überrannten.
Was die Staats- und Regierungschefs Europas seither von einer Besprechung zur anderen treibt, ist weniger die Not der Flüchtlinge, als vielmehr die eigene Not, damit nicht zurande zu kommen. Die Not der Flüchtlinge hat vor allem zu Abwehrmaßnahmen geführt, so lange und so systematisch, bis es für Flüchtlinge keinen legalen Weg mehr nach Europa gab. Den Bootsflüchtlingen über das Mittelmeer, von denen jedes Jahr Tausende ertrinken, haben wir bis heute keine Alternative geboten. Wer sich nicht Schleppern anvertraut und einen illegalen Weg nach Europa sucht, hat keine Chance, hierher zu kommen.
Der letztes Jahr in einem Salzburger Flüchtlingslager angekommene syrische Journalist Thaer Al-Nashef war vor neun Jahren der drohenden Haft durch das Assad-Regime entgangen, indem er nach Ägypten floh. Sieben Jahre lang hatte er sich vergeblich um eine legale Einreise nach Europa bemüht. Bis er im Sommer letzten Jahres seine Chance sah und sich dem sogenannten Flüchtlingsstrom anschloss.
Allenthalben wurde die Metapher des Stroms verwendet, der sich über Europa ergießt. Und es wurden vergleichbare Maßnahmen getroffen, als wäre es darum gegangen, ein Hochwasser vom eigenen Territorium abzuleiten. Es wurden Schleusen geöffnet und geschlossen, auch wenn der Nachbarstaat dabei überflutet wurde. Diejenigen, die angesichts des Flüchtlingsstroms vollmundig von Brüssel eine gemeinsame Flüchtlingspolitik forderten, als wäre deren Ausbleiben ein Versagen von Brüssel gewesen, hatten offenbar vergessen, dass sie selbst es waren, die bis dahin eine gemeinsame Flüchtlingspolitik im Europäischen Rat verhindert hatten.

Plötzlich hieß es: Deutschland ist schuld. Die Merkel hätte ja nicht verkünden müssen, dass Deutschland Kriegsflüchtlingen aus Syrien Schutz gewährt. Aber das hat nicht nur Angela Merkel verkündet, das haben alle anderen Staats- und Regierungschefs auch verkündet, und zwar schon 1951, als sie die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichneten und nochmals, 1967, als sie sich über das Zusatzprotokoll einigten. Die deutsche Bundeskanzlerin hat den Satz erst fallen lassen, als sie sah, dass andere Staaten nicht mehr in der Lage waren, sich an die Vereinbarungen von Dublin zu halten. Die Alternative

>>

>> wäre gewesen, zu sagen, wir machen die Grenzen dicht und organisieren stattdessen Massentransporte zurück in die Flüchtlingslager der Türkei, Jordaniens und des Libanon. Für Deutschland völlig undenkbar. Angela Merkel hat das einzig Richtige getan, sie hat ihr Land – und damit auch die Nachbarstaaten – an ihre Pflicht erinnert.

Die Versäumnisse der Vergangenheit, zu denen auch gehört, dass wir dachten, wir könnten uns um unseren Beitrag zur Hilfe in der Türkei, in Jordanien und im Libanon drücken, haben eine neue Realität geschaffen. Die lässt sich weder durch rassistische Aufmärsche noch durch ein trotziges Wahlverhalten aus der Welt schaffen.

Europa muss sich der Aufgabe stellen, eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft zu werden, in der man Zuwanderer nicht endlos lange in Lager sperrt, sondern ihnen möglichst schnell die Chance gibt, auf eigenen Beinen zu stehen und aus ihrem Leben etwas zu machen.

Korrekt durchgeführte Asylverfahren nach einem gemeinsamen europäischen Standard wären die Grundvoraussetzung. Langfristig gesehen ist es freilich eine Illusion zu glauben, man könne die Flüchtlingsströme dadurch eindämmen, dass man konsequent unterscheidet zwischen den politisch, religiös und ethnisch Verfolgten, denen allein ein umfassendes Grundrecht auf Asyl zusteht, den Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, die lediglich einen „subsidiären" Schutz genießen und am Ende des Konflikts, der sie in die Flucht geschlagen hat, wieder heimgeschickt werden können, und schließlich den bei uns fast schon kriminalisierten Wirtschaftsflüchtlingen. Als käme es einem Verbrechen gleich, wenn jemand sich auf den Weg macht, um zu überleben.

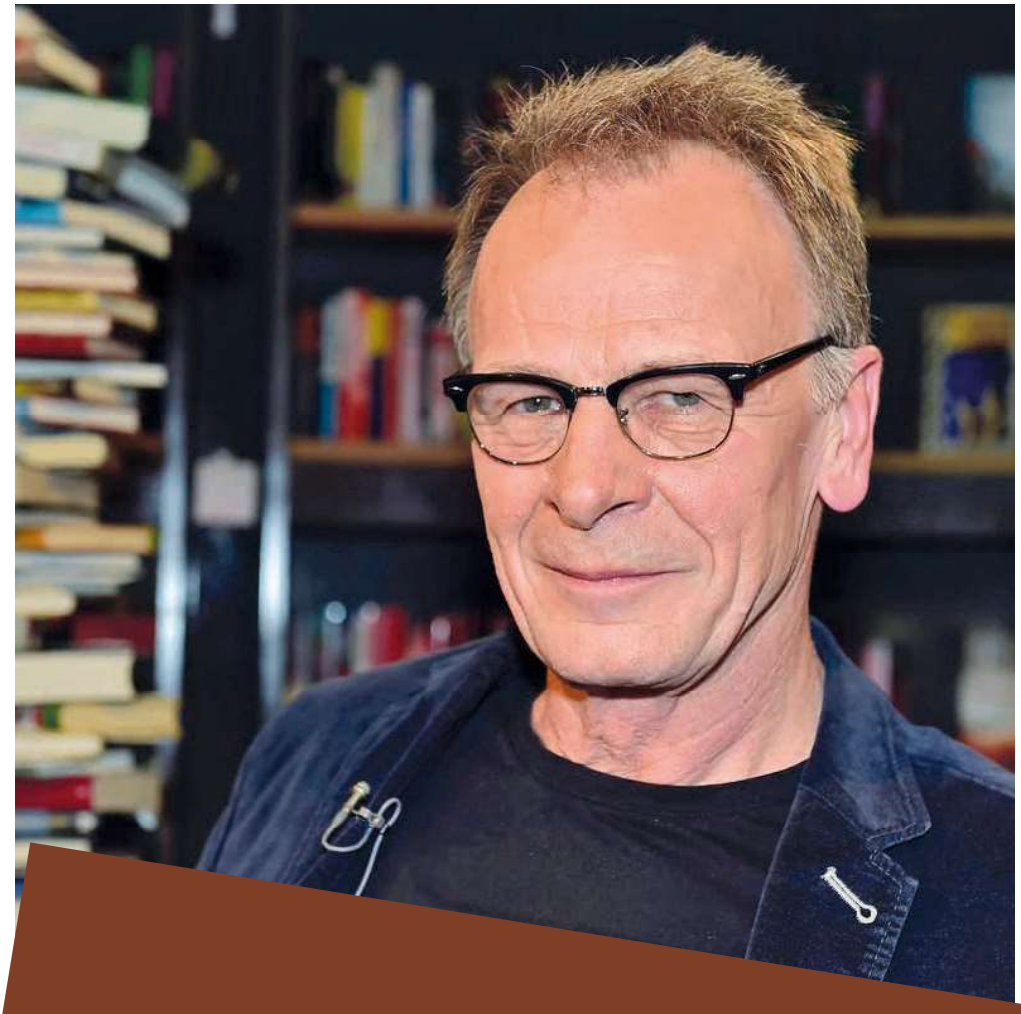
Der durch den CO2-Ausstoß der Industriestaaten verursachte Klimawandel hat bislang vor allem zu Binnenwanderungen innerhalb der Staaten, in denen die verarmten Menschen leben, geführt, aber das wird sich ändern, je mehr sich das Problem verschärft. Wollen wir die Wirtschaftsflüchtlinge dann auf dem Weg nach Europa verhungern lassen?

Der Begriff Wirtschaftsflüchtling ist in dem Moment, in dem Staaten ihrer Verpflichtung zum Erhalt der eigenen Bevölkerung nicht nachkommen können, völkerrechtlich irrelevant. Wir könnten ernsthaft über eine gerechtere Verteilung des Reichtums dieser Welt verhandeln. Das wäre eine mögliche Präventivmaßnahme, um Menschen von der Flucht abzuhalten. Es ist jedoch eher anzunehmen, dass wir die Probleme der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge so lange ignorieren werden, bis wir sie nicht mehr ignorieren können. So wie wir die Millionen von Flüchtlingen, die sich aus Syrien, aus Afghanistan, aus dem Irak, aus Somalia und Eritrea auf den Weg machten, einfach von Europa ausgesperrt halten wollten, bis sie plötzlich vor unserer Haustür standen.

In den Köpfen der Menschen spuken immer noch die alten Ideen von Nationalstaaten und homogenen Kulturen. Das waren auch schon vor dem Sommer des letzten Jahres Phantasmen, denen keine Realität entsprach.

Es ist der richtige Zeitpunkt, über eine gemeinsame europäische Politik nachzudenken, die Einwanderung nicht als Schreckgespenst an die Wand malt, sondern auch als eine Chance für die Entwicklung unseres Staatenverbunds sieht – und vor allem für eine Zukunft der Welt, in der ein friedliches Zusammenleben überhaupt erst wieder denkbar wird. Jetzt ist der Moment, in dem Europa lernen muss, in der Welt anzukommen. Und das schließt auch die Aufgabe ein, jenseits von militärischen Hilfsdiensten für die eine oder die andere Großmacht eine konsequente eigene Friedenspolitik zu entwickeln, die den Menschen im Mittleren Osten anderes als Waffen, Bomben und Flüchtlingslager anzubieten hat.

>>



KURZBIOGRAFIE:

geboren 1955 in Zwettl/NÖ. War Mitherausgeber von „Wespennest“, Generalsekretär der Grazer Autorenversammlung und Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Seit 1996 Professor am Deutschen Literaturinstitut Leipzig. Bücher: u.a. „Politik der Gefühle“, „Hausdurchsuchung im Elfenbeinturm“, „Das Elend Amerikas“, „Phi Phi Island. Ein Bericht“, sowie die Romane „Opernball“, „Das Vaterspiel“ und „Jáchymov.

Haslingers literarisches Werk zeichnet sich durch gesellschaftspolitisches Engagement aus, er setzt sich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten auseinander und wirft dabei ein prüfendes Licht auf die Gegenwart. Haslinger ist Mitbegründer der Antirassismus-Initiative „SOS Mitmensch“ (1992).

haslinger@uni-leipzig.de

© Norbert Pauser

>>

Nach den Anschlägen von Paris hat François Hollande zu Recht von einem Krieg gesprochen. Dieser Krieg ist seit fünfzehn Jahren im Gange. Das weiß man in Afghanistan, im Irak, im Libanon und seit fünf Jahren auch in Syrien. Wir wollen ihn nur zur Kenntnis nehmen, wenn er zwischendurch auf den europäischen Kontinent überschwappt. Er hat einen militärischen Arm, der nicht mehr zur Ruhe kommt, seit der christliche Westen sich zugemutet hat, Freiheit und Menschenrechte ausgerechnet mit Waffengewalt zu exportieren. Und er hat einen zivilgesellschaftlichen Arm, der sich selbst zum Teil der Kriegswirtschaft macht, wenn er sich in den Dienst von Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und Überwachungsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung stellt. Genau das ist es, was die heiligen Krieger des islamischen Fundamentalismus erreichen wollen: Zwischen die Bevölkerung christlicher Abkunft und die Bevölkerung islamischer Abkunft soll ein Keil getrieben werden.
Wenn in deutschen Städten Woche für Woche Menschen gegen die angebliche „Islamisierung des Abendlandes“ auf die Straße gehen und „Wir sind das Volk“ rufen, wenn Politiker der polnischen, tschechischen und ungarischen Regierung sowie Politiker der französischen, niederländischen und österreichischen Opposition für muslimische Zuwanderer keinen Platz sehen wollen, dann sind sie zu willfährigen Helfern der islamistischen Hassprediger geworden. Sie machen sich zum lebenden Beweis dafür, dass der Westen einen Kampf der Kulturen führt und mit Freiheit nur die eigene, aber nicht die Freiheit der anderen meint.

Die Präambel der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ beginnt mit der Erklärung, die Völker Europas seien entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.
Es ist gerade sieben Jahre her, dass diese Charta Rechtskraft erlangte, und doch liest sie sich heute schon wie das Dokument eines verloren gegangenen Traums. Welche Völker Europas sind denn noch entschlossen, „sich zu einer immer engeren Union zu verbinden“? Und worin besteht die Grundlage gemeinsamer Werte? Wie die Präambel der Charta schon im nächsten Satz betont, „gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“
Unteilbar und universell soll die Würde des Menschen sein! In dem Augenblick, in dem man die Würde des Menschen in unterschiedliche Wertklassen aufzuteilen beginnt, steht die gesamte Wertegrundlage zur Disposition. Sobald man anfängt Menschenrechte zu verhandeln und zu beschränken, beschädigt man das eigene Rechtssystem. Bis man dann Ende des Jahres 2015 vor Menschen, die dem Krieg entkommen wollten, Zäune hochzuziehen begann. Da konnten die hinter dem Zaun hundertmal unter Tränen und Wut das Wort Asyl rufen.
Asylrecht ist keine Garantie für ein Kollektiv, sondern ein Grundrecht bedrohter Menschen. Man kann auch einem Kollektiv Schutz gewähren, aber man darf den Menschen eines Kollektivs nicht generell die Schutzbedürftigkeit absprechen. Doch genau

>>

World Café
© Norbert Pauser

Podiumsdiskussion
V.l.n.r.: Gustav Dressler, Norbert Pauser, Isabella Skrivanek, Heinrich Badura
© Norbert Pauser

V.l.n.r.: Andrea Patek, Lisa Kolb-Mzalouet, Gustav Dressler, Norbert Pauser, Isabella Skrivanek, Heinrich Badura © Hannes Gsell

>>

das geschieht. Man definiert sichere Herkunftsstaaten, um im nächsten Schritt gleich einer ganzen Gruppe von Flüchtlingen den Asyl- und Schutzstatus zu verwehren.
Der nächste Schritt bestand darin, um Milliardenbeträge Flüchtlinge kollektiv an die Türkei zu verschachern, weil offenbar keinem der Verhandler der Artikel 19.1 der europäischen Grundrechtecharta geläufig war, in dem es schlicht heißt: „Kollektivausweisungen sind nicht zulässig."
Die Türkei hat sich mittlerweile in eine Präsidialdiktatur verwandelt und wir bekommen umgehend die Rechnung serviert. Eigentlich wollten wir uns nur für ein paar Milliarden die Flüchtlinge vom Leibe halten, aber mittlerweile sind wir unter der Hand zu Unterstützern einer Diktatur geworden, in der es keine freien Medien mehr gibt, in der die unabhängige Gerichtsbarkeit Schritt für Schritt abgeschafft und die demokratisch gewählte Opposition ausgeschaltet und eingesperrt wird. Eigentlich müssten wir wissen, was das heißt. Wir kennen es aus der eigenen Geschichte.
Wir lassen Hunderte von Journalisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Rechtsgelehrten, die heute in der Türkei im Gefängnis sitzen, für das Verbrechen, europäische Werte zu vertreten, einfach im Stich, aus Angst, Präsident Erdogan könnte die Flüchtlinge auf uns loslassen. Die sich schon ewig dahinschleppenden Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union treffen nun auf eine politische Realität, in der Europa nicht die Europäer unter den Türken unterstützt, sondern deren Unterdrücker. Es ist, als würde nicht die Türkei Europa beitreten wollen, sondern Europa der Türkei.

Wo steht heute das stolze europäische Bürgertum und verteidigt das, was es 300 Jahre lang, über viele Rückschläge hinweg, beharrlich aufgebaut hat? Das humanitäre Engagement der Zivilgesellschaft während der Flüchtlingskrise des letzten Jahres hat immerhin bewiesen, dass in Europa der Werte-Humanismus noch nicht ausgestorben ist.
Hat man noch vor einigen Jahren abgehalfterte, heimische Politiker, die man loswerden wollte, nach Brüssel geschickt, so setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass es in Europa um weit mehr geht als um die Krümmung von Gurken und den Stromverbrauch von Glühbirnen. Die ganze Zeit über hat man so getan, als wäre Europa vor allem ein ärgerlicher bürokratischer Moloch, der unsere Steuergelder verschlingt, der aber keine Bedeutung für unsere politische Zukunft hat. Europa als politisches Projekt wurde behandelt, als wäre es eine Art Paralleluniversum, an dem man unter Beachtung einiger Auflagen national vorbeiregieren könne, ohne ihm weitere Beachtung zu schenken. Dass dies nicht möglich ist, ist die Lehre des abgelaufenen Jahres.
Während die europäischen Staaten zweifelhafte Deals mit autokratischen Regierungen machen, rücken sie aber nicht näher zusammen, sondern werden gegeneinander zunehmend feindseliger. Dies hat auch damit zu tun, dass sich die europäische Politik aus den nationalen politischen Entscheidungen nicht mehr fernhalten lässt und dass Europa dadurch stärker als früher im Licht der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit steht. Nicht nur in England, in allen Staaten Europas wird mittlerweile um die europäische Politik gestritten.

>>

>> Die gute Nachricht: Das Projekt Europa ist endlich auch bei den Menschen der europäischen Staaten angekommen. Der Weg, den Europa einschlägt, lässt sie nicht länger gleichgültig. Sie haben erkannt, dass es dabei um ihre Zukunft geht.
Die schlechte Nachricht: Europa hat bislang keine demokratische Struktur, die den Willen der europäischen Bevölkerung in Politik umsetzen könnte. Demokratie bedeutet Volkssouveränität. Das Volk regiert sich selbst durch frei gewählte Repräsentanten. Europa jedoch ist auf dem Weg zur Volkssouveränität auf halbem Weg stehen geblieben. Wir wählen zwar ein europäisches Parlament, aber dieses hat wenig zu sagen. Die Entscheidungen – in Wirklichkeit zumeist die Blockaden von Entscheidungen – werden im Europäischen Rat getroffen. Das ist so, als würde Österreich nicht von der Bundesregierung, sondern von der Landeshauptleutekonferenz regiert, wobei jeder Landeshauptmann ein Vetorecht hat und alle Entscheidungen blockieren kann. Aber vielleicht bedurfte es der seit einigen Jahren deutlich spürbaren Renationalisierung der europäischen Politik, um endlich auch die Bevölkerung daran zu beteiligen. Freilich mit ungewissem Ausgang für die Zukunft Europas.
Europa, das große „Friedensprojekt", wie es gerne genannt wurde, ist zum Abwehrprojekt von Flüchtlingen geworden. An den neu befestigten Grenzen hilft das Militär der Polizei aus – und das scheint derzeit kaum jemanden zu stören, als ob die Aufgaben des Militärs und der Polizei ohnedies die gleichen wären. Allerorten wird aufgerüstet. Investitionen in Polizei und Militär finden breite Zustimmung. Doch die Heimtücke des Feindes besteht darin, dass er unbewaffnet ist. Als wüsste er ganz genau, dass das vielbeschworene europäische Wertesystem einen Krieg gegen einen unbewaffneten Feind nicht überleben wird. Am Ende sind wir die Verlierer.

Mein Traum von Europa wäre, noch einmal zu diesem Punkt des Neustarts zurückzukehren, an dem wir 1990 schon einmal angekommen waren, als für ein paar Monate ein friedliches Zusammenwirken der Mächte dieser Erde möglich schien. Mein Traum von Europa wäre, dass dieser Staatenverbund den Nobelpreis, den er vor drei Jahren für seinen Beitrag zu Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte bekommen hat, auch dann verdient, wenn er sich nicht einigelt, sondern der Welt zuwendet. ¶

ZUGÄNGLICH FÜR JEDERMANN

„Über Grenzen Denken" bedeutet zum einen Denk- und Handlungsweisen, Ansichten, verbindlich geltende Regeln für das Zusammenleben der Menschen, Werte, Wissen und Informationen immer wieder zu hinterfragen und auf ihre Eignung für eine nachhaltige und integrativ ausgerichtete Gesellschaftsentwicklung zu überprüfen. „Über Grenzen Denken" bedeutet in Folge dessen, beruflich wie privat immer wieder bekannte Pfade zu verlassen und Neues und Ungewohntes auszuprobieren.

Öffentliche Bibliotheken als Bildungs- und Kulturzentren - zugänglich für JEDERMANN - sind die geeigneten Orte, diesen Diskurs anzuregen, und das überaus große Interesse an der heutigen Veranstaltung bestärkt uns darin, gemeinsam diesen Weg weiterzugehen.

Eva Gaspar. NÖ Fachverband Kommunale Bibliotheken

V.l.n.r.: Manuela Gsell, Josef Haslinger, Gabriele Ecker, Karl Wilfing, Eva Gaspar, Susanne Satory, Ursula Liebmann
© Martin Kalchhauser

Die Gäste dieser Veranstaltung konnten sich anschließend im „World Café“ zu fünf verschiedenen Bereichen austauschen und erhielten von den jeweiligen Expert*innen, die diese World Café Tische leiteten eine kurze Einführung zu den Themen Bildung, Diversität, Ethik, Migration, sowie Sprache & Werte. (Einige Begriffe sind im Teil zwei näher erläutert.)
Nach einem Wechsel zu anderen Tischen wurden die Diskussionen vom jeweiligen Tischleiter während einer Podiumsdiskussion zusammengefasst und dem Publikum präsentiert. Der Moderator, Gustav Dressler, leitete dann zu einer Diskussion über in die letztendlich auch das Publikum involviert wurde. Die Podiumsdiskussion führte schließlich zu einem Diskurs über Eliten, musste aber aufgrund der fortschreitenden Zeit beendet werden.

Den Abend schloss eine Präsentation des Buches „übergrenzen“, das im Septime Verlag erschienen war, ab. Michael Stavaric las aus der Anthologie eine seiner Kurzgeschichten. Marlen Schachinger gab Ausschnitte aus ihrem neuen Buch: „Martiniloben“ zum Besten. ¶